

Gewerkschaftliche Monatshefte

21. JAHRGANG

JULI 1970

7

Karl Kühne

Sind Rezessionen gewollt?

Es geistert in der Bundesrepublik ein Wort herum, das besser ungesagt geblieben wäre — aus vielerlei Gründen, um der Selbstachtung der Nationalökonomie willen wie auch im Interesse einer „rationalen“ Konzeption und, last not least, der Klugheit in der Politik: Es ist dies das Wort von der „gewollten Rezession“, womit die Rezession 1966/67 angesprochen werden soll. Das Wort ist unter anderem auf dem Parteitag der SPD in Saarbrücken im Mai 1970 gefallen.

Die These ist nicht ganz neu. Sie ist in verschiedenen Variationen schon mitten in der Rezession selbst aufgetaucht. Nicht wenige wollten den Rückschlag damals der Bundesbank in die Schuhe schieben. Andere sahen die eigentlich Verantwortlichen in den zuständigen Repräsentanten der Bundesregierung — daher heute das Wort „Rezession a la Schmücker“.

Es sei hier möglichen Mißverständnissen gleich vorgebeugt: Der Verfasser hat bei den verschiedensten Anlässen seine Opposition zur Wirtschaftspolitik der Ära *Erhard* eindeutig genug dargelegt, um jedem Verdacht zu entgehen, als wolle er etwa den damaligen Wirtschaftsminister in Schutz nehmen. Aber hier geht es um dreierlei: Erstens tut man der damaligen Regierung und ihrer Hilflosigkeit allzuviel Ehre an, wenn man meint, sie habe irgendetwas derartiges zielbewußt „gewollt“. Zweitens simplifiziert eine derartige Unterstellung die wirtschaftlichen Zusammenhänge in unerträglichem Maße. Drittens wird mit einem solchen Schlagwort der Blick für die Tatsache getrübt, daß der „reife“ Kapitalismus unserer Zeit für Konjunkturrückschläge endogenen Charakters nach wie vor anfällig ist.

Politisch wenig klug ...?

Eines ist unbestreitbar: Der Wirtschaftsminister bzw. der Kanzler, unter deren Ägide ein solches Debakel auftritt, zeichnen in den Augen der Öffentlichkeit dafür verantwortlich, vor allem dann, wenn sie — wie im vorliegenden Falle — praktisch nichts getan haben, um die Rezession zu vermeiden oder auch nur zu mildern. Aber von dieser Feststellung bis zu der weiteren, sie hätten die Rezession „gewollt“, ist doch wohl ein weiter Schritt: Erstens dürfte kaum je ein Wirtschaftsminister, selbst wenn er einen Super-Boom bremsen möchte, deswegen Produktionsrückgänge und -Ausfälle (der Sachverständigenrat sprach von rund 30 Milliarden DM!) ¹⁾ von diesen Ausmaßen bewußt in Kauf nehmen, selbst wenn er mit dem Beschäftigungsrückgang nicht so ganz zimperlich wäre — dies um so weniger, als (wie in der Bundesrepublik geschehen) Regierungen darüber zu stürzen pflegen.

1) Vgl. Jahresgutachten 1967 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bonn, 4. Dezember 1967, Bundestagsdrucksache V/2310, S. 55 Ziff. 85.

Zweitens ist das Argument einfach sachlich falsch. Wäre die deutsche Rezession die reine Zufallsursache eines „Betriebsunfalls“ isolierter Art im deutschen Raum gewesen, so müßte es sich im wesentlichen um ein auf Deutschland beschränktes Phänomen gehandelt haben. Das war jedoch eindeutig nicht der Fall. Es ist nachweisbar, daß die Investitions- und die damit ausgelösten Produktionsrückgänge, wie sie nun einmal für eine Rezession kennzeichnend sind, nahezu zur gleichen Zeit und sogar schon vor dem Beginn in Deutschland in einer Vielzahl von Ländern, und zwar keineswegs nur in Westeuropa, sondern auch in den USA, anliefen — wenngleich sie in einer Reihe dieser Länder weniger zum Tragen kamen bzw. sehr viel rascher überwunden wurden, als in der Bundesrepublik der Großen Koalition²⁾. Aber davon später. Hier sei zunächst einmal eines festgehalten: Es ist in keiner Weise politisch klug, so zu tun, als seien Rezessionen einzig und allein die Folge absichtlicher Bosheit oder Fehlmanipulationen von Regierungen.

Nehmen wir einmal an, wir bekämen gegen Jahresende 1970 oder im Frühjahr 1971 die ersten Anzeichen einer einsetzenden Rezession zu spüren. Dann würde der politische Gegner mit Sicherheit den Vorwurf zurückgeben und der jetzigen Regierung unterstellen, sie habe die Rezession „gewollt“. Damit würden wir bei einer geradezu unerträglichen Schwarz-Weiß-Malerei und Simplifizierung in der Wirtschaftspolitik landen. Wenn etwas schiefeht, so halt nur deshalb, weil die Regierung böse ist und Böses will... Eine solche Verteufelung des Gegners ist wenig fruchtbar; sie bedeutet das Ende jeder vernünftigen Diskussion über das wirtschaftspolitisch jeweils Zweckmäßige. Wenn die Dinge so primitiv gesehen werden können — warum haben sich dann Generationen der bedeutendsten Nationalökonominnen darum bemüht, das Konjunkturphänomen zu begreifen und konjunkturpolitische Rezepte auszubrüten, wenn die Dinge nur vom guten Willen abhängen?!

Unverdienter Glorienschein für den Nachkriegs-Kapitalismus

Die jetzige Regierung hat sich wiederholt dahingehend ausgesprochen, daß Rezessionen „nicht zu ihrem Instrumentarium“ gehören. Sie will sie jedenfalls eindeutig nicht. Durch derlei Äußerungen wird nun aber die Regierungsposition zu einem unnötigen Va-Banque-Spiel: Passiert nämlich trotzdem eine Rezession, so kann die Regierung nicht behaupten, sie sei Meister der Situation geblieben. Sie kann nicht einmal den negativen Glorienschein in Anspruch nehmen, den man Herrn Schmücker unverdientermaßen ums Haupt windet — wonach dieser eine Art Zauberstab besessen hätte, mit dem er die Konjunktur nach seinem Gusto zum Umfallen gebracht hätte.

Die Opposition könnte sich brüsten: „Seht — wir sind mächtiger als diese Regierung! Bei uns ist die Konjunktur ja nur umgefallen, weil wir dieses reinigende Ungewitter bewußt gewollt haben —, aber diese Regierung hat sie verzweifelt abstützen wollen, und sie ist trotzdem umgefallen!“ So ließe man denn Gefahr, der Opposition einen unverdienten Ruhm als „Meister über konjunkturelles Leben und konjunkturellen Tod“ anzudichten. Wozu das? Irgendwie würde das übrigens an jenen uralten arabischen Scheich erinnern, der jeden Morgen mit seinen ehrfürdigen Stammesangehörigen auf die Sanddünen zog, um die Sonne aufgehen zu heißen... Man darf sicher sein: So wenig die Sonne zum Aufgehen den Scheich benötigt, so wenig braucht die Konjunktur jenes Beschwörungs- und Gesundbetersaal à la Erhard-Schmücker. Sie fällt auch trotzdem um.

Wir haben in der Weltwirtschaft nach dem zweiten Weltkriege eine ganze Reihe von Konjunkturzyklen erlebt. „Rezessionen“ — es ist dies ein höfliches Wort für kleine

2) So wurde in Belgien der Höhepunkt der Industrieproduktion schon im Dezember 1965, in Großbritannien im März 1966 überschritten; in letzteren Lande trat der Rückschlag ebenso wie in Italien und wie in der französischen Automobilindustrie bereits im September 1966 ein, während in der Bundesrepublik der Industrieindex erst im November rückläufig wurde (vgl. hierzu Karl Kühne, Grenzen der Konjunkturpolitik im Wachstumszyklus, WWI-Studien Nr. 15, 1968, Seite 2.).

Depressionen — gab es in den USA 1949, 1953/54, 1961 und im Ansatz 1967; eine weitere läuft 1970 an. Den Rückschlag von 1957/58 hat kein Geringerer als *Milton Friedman* schon als eine „ernstere Depression“ bezeichnet.

Infolge eines teilweisen Auseinanderfalls im zeitlichen Verlauf des Zyklus beiderseits des Ozeans — wie dies schon einmal um die Jahrhundertwende herum der Fall war — sind diese Rezessionen nicht immer im Weltmaßstab spürbar geworden. Insbesondere Länder mit großen Kriegszerstörungen oder starkem Nachholbedarf — wie die Bundesrepublik, Japan und Italien — haben zum Teil nicht viel davon gemerkt, weil deren Wachstumsraten die weltwirtschaftlichen Konjunkturwellen überspielten: Die Rezessionen kamen bei ihnen nur in Wachstumsverlangsamung zum Ausdruck. Dennoch — der Zyklus war keineswegs tot, und es heißt den Nachkriegskapitalismus zu Unrecht verklären, wenn man ihn auf diese Weise für prinzipiell krisenfrei erklären möchte. Neuere Analysen — z. B. von *H. Arndt* — werfen die Frage auf, ob die Nachkriegsprosperität nicht einfach nur eine Folge der Außenhandelsliberalisierung sei, und ob mit deren Umkehr (oder Auslaufen?) nicht „wieder mit einer weltweiten Depression zu rechnen“ sei⁸⁾.

Offene Worte wären besser: Die aktuelle Konjunktursituation

Für die Bundesrepublik wäre es ehrlicher und auch klüger — gerade von Seiten einer wirtschaftspolitischen Konzeption, die „soviel Marktwirtschaft wie möglich, soviel Lenkung wie nötig“ auf ihr Panier geschrieben hat, etwa folgendes zu sagen:

„Wer Marktwirtschaft will, muß auch ein gewisses Maß von Schwankungen in Kauf nehmen. Die Wirtschaftsgeschichte zeigt bis in die jüngste Vergangenheit hinein, daß man trotz besten Willens zur Vollbeschäftigung und trotz aller keynesianischen Rezepte und Methoden immer wieder mindestens mit kleineren oder auch mittleren Rückschlägen rechnen muß. Wir in der Bundesrepublik haben aus besonderen Gründen — wegen unserer hohen Wachstumsraten nach der Kriegszerstörung — so gut wie nichts davon gemerkt. Aber jetzt sind wir auf dem Höhepunkt unseres Wachstums angelangt — und nichts ist schwerer, als bei dieser schmalen Gratwanderung zwischen Inflation und Deflation nicht nach der einen oder anderen Seite abzurutschen. Außerdem wird uns der internationale Konjunkturzyklus, der nie ganz eingeschlafen war, wohl auch mal zu fassen bekommen . . .

Wenn das wirklich mal passiert, dann versprechen wir euch eines: Wir werden das ganze Arsenal modernster konjunkturpolitischer Erkenntnisse zum Tragen bringen. Wir haben fertige Pläne für den Ernstfall in der Schublade, und wir versprechen euch, daß wir sie sofort ohne Zögern anwenden und nicht vor Schrecken regungslos bleiben, wie die Regierung Erhard 1966. Außerdem hat unser Wirtschaftsminister ja schon gezeigt, was man tun kann, um aus einer Rezession herauszukommen. Er hat auch rechtzeitig gesagt, was man tun sollte, damit der Boom nicht über die Stränge schlägt. Wir haben zwar alle nicht so ganz hingehört; zum Teil war die jetzige Opposition mit Schuld daran, denn sie hatte in der letzten Regierung mehr zu sagen als wir ...

Es kann deshalb sein, daß es ein bißchen zu spät dafür ist, um euch zu versprechen, daß wir in gar keine Rezession hineinrutschen. Aber, wie gesagt — wir werden alles tun, was man innerhalb einer Marktwirtschaft tun kann, damit sich die Rezession nicht auswächst und nach Möglichkeit im Keime erstickt wird. Wir werden sie mildern und raschestens überwinden. Vielleicht können wir sie doch ganz vermeiden. Aber das ist wohl ohne tiefgreifende Strukturänderungen unserer Wirtschaft nicht ganz möglich — und die wollt ihr ja nicht. Also seid mit unserem guten Willen zufrieden!“

Eine solche ehrliche Feststellung wäre im Grunde politisch klüger — jedenfalls weit mehr als die Methode, dem Gegner eine Art Zauberstab (wenngleich negativ) zuzuschreiben, den er gar nicht besitzt, um dann selber zeigen zu müssen, daß man keinen

3) Helmut Arndt, Volkswirtschaftliches Wachstum und weltwirtschaftlicher Geldkreislauf, in: Wirtschaftskreislauf und Wirtschaftswachstum, Festschrift für Carl Föhl, Tübingen 1966, S. 10.

positiven Zauberstab in der Hand hat, sondern auch nur mit Wasser kocht. Solange man den marktwirtschaftlichen Prinzipien verschrieben bleibt, soll man sich auch nicht scheuen, ihre Regeln und Konsequenzen in aller Offenheit auf den Tisch zu legen.

Das unumgängliche Korrelat der Marktwirtschaft aber ist die Rezession — wenn man nicht sagen will, die Depression. Das hat Ende der zwanziger Jahre mit schonungsloser Klarheit ein Mann ausgesprochen, der in seiner überragenden Statur als Nationalökonom die Ära Erhard mit bestimmt hat — weit mehr als der, der ihr den Namen gab —, und der immerhin auch bei den Repräsentanten einer neuen, wenngleich prinzipiell immer noch marktwirtschaftlichen Konzeption solches Ansehen genoß, daß Professor *Schiller* ihn im Frühjahr 1967 als Kronzeugen anrufen mußte, damit er die Schatten von 1930/32 an die Wand malte — sonst hätte die Große Koalition damals seine — im Grunde bescheidenen — Eventualhaushalte nicht geschluckt: Das war Professor *Müller-Armack*. Der hat 1929 bereits eindeutig festgestellt, daß es eine konjunkturfreie Marktwirtschaft nicht gibt und nie geben kann⁴).

Müller-Armack erklärte, daß „eine Konjunkturpolitik weit über das Ziel hinausschießen würde, wenn sie eine grundsätzliche Beseitigung der Konjunkturschwankungen beabsichtigen wollte... Eine Beseitigung der Konjunkturschwankungen müßte auch den Trend zum Verschwinden bringen ... Das Ideal einer konjunkturlosen Wirtschaft kann ebensowenig das Leitziel der Politik sein wie die Herbeiführung einer dauernden Prosperität. Die letztere Zielsetzung beruht auf einer Überschätzung der monetären Faktoren ... Das Ziel der Konjunkturpolitik ist vielmehr dahin zu präzisieren, daß durch sie nur die an den Entwicklungsgang angehefteten Fehlbewegungen beseitigt werden sollen ... Nur eine solche Konjunkturpolitik kann Anspruch auf Beachtung erheben, welche das produktive Grundphänomen der Entwicklung unangetastet läßt.“

Das ist das marktwirtschaftliche Credo. Das „produktive Grundphänomen“ werden wir also bald wieder erleben . . .

Ein Musterbeispiel „gewollter“ Verlangsamung: Nixons Dilemma

Wir haben nun allerdings zur Zeit gerade ein Beispiel großen Stils vor Augen, das einer „gewollten Rezession“ noch einigermaßen nahekommen scheint: Präsident *Nixons* ökonomische Berater hatten ihm ein Bremsmodell suggeriert:

„Richard Nixon war wohl der erste Präsident, der ins Amt kam mit dem Gelübde, die US-Wirtschaft bremsen zu wollen ... ohne irgendeinen Eingriff in das freie Marktgeschehen: Statt dessen sollte die Regierung einfach den Haushalt ausgleichen und weniger Geld ins Banksystem pumpen. Wenn liquide Mittel in der Privatwirtschaft knapper würden, so würde die Geschäftstätigkeit etwas abkühlen („*simmer down*“), und so auch die Preise. Für ein paar ‚unangenehme Monate‘ — so sagten *Nixons* Ökonomen voraus — würde die Nation milde ‚Verlangsamungsschmerzen‘ erleiden — hohe Zinssätze, geringe Produktionszunahme, ein bißchen Absinken der Gewinne und eine mäßige Zunahme der Arbeitslosigkeit. Schließlich aber wäre der Inflationsdruck aus der Wirtschaft herausgewungen, und die normale Expansion der Produktion sowie Neueinstellungen von Arbeitskräften könnten wieder beginnen ...⁵)“

Man sieht: Dies Programm lief keineswegs auf eine „gewollte Rezession“ hinaus. Im Gegenteil: Es war von dem „klassischen“ Gedanken getragen, daß man die Prosperität etwas abkühlen müßte, wenn man sie konservieren wollte. Es kann eben kein Politiker echte Rezessionen „wollen“ — am allerwenigsten das gebrannte Kind Nixon, denn den kostete die Rezession von 1960/61, obwohl sie die bisher mildeste der Nachkriegszeit war, immerhin den Sieg gegenüber *John Kennedy*⁶). Nixon wollte nichts weiter als einen leicht deflationären Wind — aber er erntet den Sturm der Rezession.

4) Alfred Müller-Armack, Konjunkturforschung und Konjunkturpolitik, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Ergänzungsband, Jena 1929; wiederabgedruckt in: Geld- und Bankpolitik, herausg. v. E. Dürr, Köln/Berlin 1969, S. 38.

5) Vgl. Artikel „The Economy — Crisis of Confidence“, „Time“, 1. 6. 1970, S. 51.

6) „Time“, a.a.O., S. 54.

Alle Welt war sich schon zu Jahresanfang darüber einig, daß der effektive Nachfragezuwachs auf Null abgesunken war ⁷⁾.

Wie wenig Nixon und seine Berater die Rezession „gewollt“ haben, geht aus einigen Informationen des französischen Wirtschaftsattachés in Washington hervor: Dieser stellte kürzlich in einem Bericht fest, das Ziel Nixons sei noch nicht einmal die Verhinderung jedes Preisauftriebes gewesen. Man habe nur „zu einem ‚erträglichen‘ Inflationsrhythmus in der Größenordnung von 1,5 bis 2 Prozent“ zurückkehren wollen, statt der 4,8 % (auf Jahresbasis), die man tatsächlich im 4. Quartal 1969 erlebte (zeitweilig waren es schon 6 %!) ⁸⁾.

Es geht in den USA nicht mehr darum, ob die Rezession kommt, sondern nur darum, wie tief sie greift. Und ähnlich liegen die Dinge auf unserer Seite des Atlantik, wo man bereits an zukünftige „Eventualhaushalte“ zu denken beginnt. Für die Stimmung in den USA ist es bezeichnend, daß *Time* eine Graphik veröffentlicht, in der der Sturz der Aktienkurse seit ihrem Höchststand 1968 mit dem Absturz von 1929 bis zum Februar 1931 (demselben Zeitraum) verglichen wird: damals minus 45 %, jetzt bis Mitte Mai minus 28 % . . . Die vorübergehende Erholung Ende Mai war von führenden Börsenfirmen wie *Merrill, Lynch, Pierce, Fenner & Smith* als „börsentechnisch bedingt“ bezeichnet worden ⁹⁾.

Die Anzeichen der US-Rezession

Nun ist das Merkwürdige: Die Rezession als solche ist vorläufig, offiziell und streng genommen, noch gar nicht da. Die anerkannte Definition einer „Rezession“ — nach dem „*National Bureau of Economic Research*“ — ist diese: Eine Rezession ist gegeben, wenn das Bruttosozialprodukt in seinem Volumen während zweier aufeinanderfolgender Vierteljahre zurückgeht. Aber nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der USA weiß man das immer erst frühestens sieben Monate später . . . In der Bundesrepublik liegen die Dinge keineswegs besser. Die Veröffentlichung der relevanten Schätzungen in der vierteljährlichen Gesamtrechnung erfolgt beim Deutsehen Institut für Wirtschaftsforschung etwa 12 bis 13 Wochen nach Ablauf des Vierteljahres, und es treten dabei Schätzungsfehler von bis zu 7 oder 8 % auf (so 1956); wenn sich Wendepunkte zu zeigen scheinen, so „bringt erst das nächste Vierteljahr endgültig darüber Gewißheit, ob man es mit einem Wendepunkt oder nur mit Irregularitäten zu tun hat“. Dies stellte der jetzige Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, *Klaus-Dieter Arndt*, in einer Studie 1964 fest, und so dürften die Dinge noch heute liegen ¹⁰⁾.

Trotz dieser Unsicherheiten hat mindestens eine Autorität in Konjunkturfragen, *Galbraith*, der Autor der Studie über den „großen Krach“ von 1929, in diesen Tagen festgestellt, daß wir „eins nach dem anderen die Wahnsinnsdinge wiederholen, die uns in die Krise von 1929 stürzten. . .“ Der *Cornfeld*-IOS-Skandal sei nur eines der „ersten Zeichen für das, was noch kommen soll“ ¹¹⁾. Und selbst ein konservativer Ökonom wie der Belgier *Baudhuin* hat in diesen Tagen daran erinnert, daß die Konsequenzen des

7) „Die Wirtschaftsverlangsamung in Amerika wurde wohlüberlegt zustande gebracht durch eine Straffung der monetären Politik, weil man mit Recht der Ansicht war, daß die Preisinflation am Ende der Johnson-Ära auf zu hohem Niveau lief . . . Aber die Preisinflation in Amerika geht weiter, und man kann schlecht sagen, daß die Nachfrageinflation davon jetzt die Ursache ist . . . wenn die Nachfrage sich mit Null ausdehnt . . .“ (Artikel „Try to smile“ in: „*Economist*“, 31. Januar 1970, S. 10.)

8) Artikel „Les Perspectives de l'Economie Américaine en 1970“, in: *Problèmes Economiques*, Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques, Paris, 30. 4. 1970, No. 1165, S. 5.

9) Tabelle von Donovan in: „*Time*“, a.a.O., S. 51.

10) Klaus-Dieter Arndt, Vierteljährliche Gesamtrechnungen, in: *Wirtschaftswachstum, Beiträge zur ökonomischen Theorie und Politik*, Berlin 1964, S. 159/61.

11) Artikel „La borsa crolla, il dollaro trema“ („Die Börse fällt um, der Dollar zittert“) von John K. Galbraith, in: „*L'Espresso*“, Roma, 24. 5. 1970 S. a.: „Galbraith: Die Fehler von 1929 werden wieder gemacht“, „*Handelsblatt*“, 5. Mai 1970, S. 25.

Krachs — Massenarbeitslosigkeit, Preisverfall — erst sehr viel später kamen ¹²⁾. Welche Vorzeichen gibt es denn zur Zeit, außer Kursverfall und rund 5 % Arbeitslosigkeit?

In den letzten zehn Jahren hat sich die Verschuldung der US-Industrie mehr als verdoppelt — von 153 auf 334 Milliarden Dollar.

Die Gewinne von 665 US-Gesellschaften sind im 1. Quartal 1970 gegenüber der gleichen Vorjahresperiode um rund 9 % gesunken.

Die Gewinne im 1. Quartal 1970 (im Vergleich zur Vorjahrszeit) sind in einigen Branchen (Stahl, Luftfahrtbau, Baumaterial) um ein Viertel, in anderen (Autos, Eisenbahnen) um mehr als ein Drittel, in manchen (Zement, Elektrotechnik) um die Hälfte und mehr gefallen.

Die Umsatzveränderung der Gesellschaften ist auf das Niveau der „Mini-Rezession“ Anfang 1967 gesunken (Jahresrate + 2 %); der Kapazitätsausnutzungskoeffizient fiel darunter (unter 80%).

Drei Industrieproduktionsindizes — Ausrüstungen, Autos und dauerhafte Haushalts-güter, Material für dauerhafte Güter — liegen in den ersten drei Monaten unter den Vorjahresziffern; bei den beiden erstgenannten war das nun allerdings bereits seit November der Fall¹³⁾.

Weltrezession diesmal unisono?

Ein altes Wort ist etwas in Vergessenheit geraten: „Wenn Amerika hustet, bekommt Europa die Lungenentzündung.“ Der weitgehende Auseinanderfall der Konjunkturzyklen beiderseits des Ozeans hat seit dem zweiten Weltkrieg nicht mehr daran denken lassen. Die Schwankungen der Konjunktur in Europa waren — nur mit teilweiser Ausnahme 1956/57 — viel schwächer und zeitlich oft losgelöst. Europa und die USA holten sich daher oft gegenseitig aus dem Rezessionssumpf: In der Rezession 1966/67 stiegen die US-Preise inflationär (weitgehend durch den Vietnam-Krieg bedingt) längst wieder, als die deutschen noch tief lagen, und das hat weitgehend die Exportsteigerung 1967/68 um rund 20 Milliarden bedingt — mindestens indirekt, durch die Alimentierung des Weltmarkts mit Dollars, die aus dem US-Defizit stammten. Die Exportzunahme bzw. der Ausfuhrüberschuß (in nahezu gleicher Höhe) löste eine Multiplikatorwirkung aus, die unsere Investitionsprogramme um ein Mehrfaches überspielte ¹⁴⁾.

Diesmal droht es umgekehrt zu kommen: Die US-Preise steigen immer noch, werden also u. U. erst fallen, wenn sie auch bei uns zu fallen beginnen: Und ein solcher Gleichklang kann bedeuten, daß uns diesmal kein US-Defizit aus dem Sumpf ziehen hilft. Dies gilt um so mehr, als der US-Ausschuß der Wirtschaftsberater sich nach wie vor in erster Linie auf die (überschätzte) Geldpolitik verläßt ¹⁵⁾.

Die Überschätzung der Geldpolitik

Bei uns spukt allerdings noch eine andere Version, eine „voluntaristisch-monetäre“ Theorie in den Köpfen mancher Amateurökonomen herum: Die These, die Bundesbank habe an allem Schuld. Und umgekehrt: Manche glauben an die Allmacht der Bundesbank sowie daran, daß man mit monetärer Politik alles „machen“ könne. Diese These ist verführerisch für manche sogenannten „pragmatischen Macher“, wie sie zur Zeit in Mode sein sollen. Wenn die Gefahr konjunktureller Rückschläge nach wie vor in den Struktur-

12) Artikel von F. Baudhuin, Récession dans l'inflation, „La Libre Belgique“, Brüssel, 30./31. 5. 1970, S. 1.

13) Ziffern nach: Survey of Current Business, US-Department of Commerce, Office of Business Economics, laufende Ausgaben; s. a. die Wirtschaftszeitschrift „Vita“, Rom, 23. Mai 1970, Artikel „Il numero della delusione preoccupa gli Stati Uniti“ (Die Enttäuschungszahl gibt den USA Sorge), S. 28 ff.

14) Gutachten des Sachverständigenrates vom 1. Dezember 1970. (Bundestagsdrucksache VI/100), S. 178—181.

15) Vgl. hierzu das Monatsbulletin der „First National City Bank of New York“, März 1970. Danach erklärte der Rat: „Zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftsgleichgewichts kann man die Geldpolitik viel freier verwenden als die Haushaltspolitik“.

gegebenheiten unserer Wirtschaft vorgezeichnet ist, so erhebt sich die Frage nach dem Arsenal an konjunkturtherapeutischen Mitteln, von denen die Laienkreise annehmen, daß sie überreichlich vorhanden seien.

Die Anhänger *Keynes* hatten in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg den Hauptton auf fiskalpolitische Machenschaften — „*deficit spending*“ — gelegt und der Geldpolitik eigentlich nur die „flankierende Aufgabe“ zugeordnet, den Zins mehr oder weniger permanent niedrig zu halten. Inzwischen hatte man mancherlei Haare in der keynesianischen Suppe gefunden. Ein großer Teil der Haushaltsausgaben erwies sich infolge gesetzlicher Bindungen und anderer Faktoren als relativ starr und schwer manipulierbar, insbesondere in föderalen Staaten wie den USA und der Bundesrepublik. So hat man denn in der praktischen Konjunkturpolitik bereits John Kennedys, aber auch in den konjunkturpolitischen Vorschlägen des bundesdeutschen Sachverständigenrates für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung den Hauptton mehr und mehr von der Ausgabenseite auf die *Einnahmenseite* verlegt: Steuerherauf- und -herabsetzungen sollen in erster Linie wirken. Der erste Teil dieses Manöverplanes ist in der Bundesrepublik an vielerlei Widerständen gescheitert.

Sodann hat sich nach anfänglich weitgehender Stilllegung der Geld- und Zinspolitik im Zeichen des billigen Geldes der fünfziger Jahre in den USA der Akzent mehr und mehr in Richtung auf die flexiblere monetäre Politik verschoben.

Im vielfältigen Instrumentarium der monetären Politik ist die Zinspolitik nur ein Teilbestand: direktere Liquiditätsbeeinflussungen über die Mindestreservenvariation, selektive Kreditpolitik u. a. spielen eine wachsende Rolle. Ein besonders wichtiges Instrument, das der Variation der Schuldenmasse der öffentlichen Hand, kam in der Bundesrepublik mangels ausreichender langfristiger Titel bisher kaum zum Zuge. Die „Bundesschatze“ haben daran kaum etwas geändert.

Nun ist allerdings auch die Wirkungsfähigkeit der Geldpolitik begrenzt. Für die Zinspolitik hat das bereits früh *Arthur F. Burns*, der jetzige Chef des US-Zentralbanksystems, festgestellt: Er meinte, daß schon die hohe Steuerlast einen Teil der Wirkung der Zinsvariation beeinträchtigt, weil bei einer Kreditaufnahme der Unternehmen der Fiskus einen Teil der Zinsenlast mitträgt. Daher müsse die Zinspolitik, wenn sie überhaupt wirksam werden soll, mit weit stärkeren Variationen arbeiten als dereinst: Ihr Schwert ist stumpf geworden, und ein stumpfes Schwert schlägt klaffende Wunden ...¹⁶⁾.

Andere Kreise — so in Deutschland *Blochowitz*, *Pohl* u. a. — meinen, daß die Zentralbank angesichts der internationalen Verflochtenheit heute eigentlich überhaupt kaum mehr die Möglichkeit zu einer unabhängigen Initiative habe¹⁷⁾. Das alles spricht dagegen, daß die Bundesregierung die kommenden Konjunkturprobleme allein mit der Geldpolitik meistern wird, wie manche Protagonisten dieser Methodik zu glauben scheinen. Und hinzu kommt, daß man sich mit der „klassischen“ monetären Politik, wie sie in der liberalen *Peel'schen* Bankkonzeption des 19. Jahrhunderts konzipiert wurde, am ehesten noch in der Öffentlichkeit dem üblen Ruf aussetzen kann, man werfe willkürlich die Konjunktur um, auch wenn die Zentralbank nur der Gerichtsvollzieher ist, der der Wirtschaft das überzogene Konto präsentieren muß ...

Die Friedman-Thesen: Apotheose des Zweifels an der liberalen Geldpolitik

Und zu all diesen Zweifeln kommt nun zum Überdruß eine modernste Version der Skepsis an diesem „klassischen“ Mittel der liberalen Konjunkturpolitik: das ist die Kritik

16) Vgl. hierzu A. F. Büros, *Prosperity without Inflation*, New York 1958, S. 7, 49 ff; s. a. Kühne, *Grenzen der Konjunkturpolitik* ... S. 34 ff.

17) S. die Artikel von W. Blochowicz, *Über die Wirksamkeit der Zinspolitik bei freier Konvertibilität der Währungen*, und: R. Pohl, *Devisenüberschüsse — Geldpolitik — Konjunktur stabilisierung*, in: *Konjunkturelle Stabilität als wirtschaftspolitische Aufgabe*, herausg. v. G. Zeitel/J. Pahlke, Tübingen 1962, S. 90 und 102.

Milton Friedmans, dessen Stimme selbst in den Gutachten des deutschen Sachverständigenrates unverkennbar laut wird¹⁸⁾.

Friedman ist der Ansicht, daß die Wirkungsverzögerungen, wie sie bei der Zins- und Geldpolitik auftreten, erstens sehr groß und zweitens völlig unberechenbar sind: Will man einen Boom mit hohen Zinsen und Drosselung der Geldmenge bremsen, so läuft man Gefahr, nur die Rezession zu verstärken, die man vermeiden wollte. Will man dagegen nachher die Wiederbelebung mit einer Politik des „billigen Geldes“ fördern, so kann es einem sehr leicht passieren, daß man eine inflationäre Entwicklung anheizt, die wiederum den Boom sich übersteigern läßt.

Wohlgemerkt: diese Theorie macht die Zentralbanken nicht zum eigentlichen Schurken im Theaterstück, sondern zu ohnmächtigen Statisten, die ständig ihre Rolle verfehlen, weil sie nie merken, wann sie „dran“ sind ... Und die Konsequenz Friedmans ist: Treibt gar keine Geldpolitik mittels der Variation der Zinssätze oder der „effektiven“ Geldmenge — haltet vielmehr das *Wachstum* der Geldmenge stabil, indem ihr dafür sorgt, daß die Geldmenge langfristig gleichmäßig wächst, durch Aufrechterhaltung langfristig sinnvoller Zinssätze und Konditionen. Nur dann könnt ihr das Wirtschaftswachstum stabilisieren und damit die Konjunkturschwankungen weitgehend mildern!¹⁹⁾

Am Rande sei bemerkt: Das ist eigentlich das Todesurteil für eine Konjunkturpolitik, die sich überwiegend oder gar ausschließlich auf die Geldpolitik stützen will. Und in diesem Sinne wäre nachträglich auch gerade die Politik der Regierung Erhard/Schmücker tatsächlich schuldig zu sprechen — denn diese tat ja nichts, als daß sie eine Konjunkturpolitik der Zentralbank ihrerseits passiv tolerierte . . .

Aber ist das nicht vielleicht ein Todesurteil für eine Konjunkturpolitik überhaupt, die nicht durch Strukturveränderungen andere Daten schafft, sondern sich auf die beiden Instrumente der Geldpolitik — von Friedman, Burns und anderen derart angezweifelt — und der Fiskalpolitik — von den Technikern der Fiskalmanipulationen als schwer manövrierbar angesehen — verläßt? Wie müßten Strukturveränderungen aussehen, die der Regierung wahrhaft das Instrument in die Hand gäben, um das langfristige gleichmäßige Wachstum unter Vermeidung ständiger starker Schwankungen in den Griff zu bekommen? Es könnte angedeutet werden, daß das Vorhandensein eines starken Sektors öffentlicher Unternehmen in diesem Zusammenhang von strategischer Bedeutung ist; allerdings tauchen hier weitere Probleme *sui generis* auf.

Eines allerdings dürfte sicher sein: Eine Konjunkturpolitik, die sich in unserer Zeit ausschließlich oder vorwiegend auf die Zentralbank verläßt, bekommt weder den Boom in den Griff noch kann sie eine dräuende Rezession meistern — um so weniger, als nicht einmal die Zentralbanken der sechs Länder unisono marschieren. Darum sollte man nicht zuviel versprechen ...

Das konjunkturtheoretische Bild: Der unbewältigte Zyklus

Tatsache ist: Wer die Marktwirtschaft will, will auch die Fortdauer des Konjunkturzyklus. Es kann sich nur darum handeln, den Zyklus zu meistern, nicht darum, ihn auszuschalten. Ganz und gar würde man ihn nur in dem Maße beseitigen können, in dem man die marktwirtschaftlichen Elemente abbaut und die direkte Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand und ihrer Unternehmen bzw. die Lenkung und — *horribile dictu* — Planung an ihre Stelle setzt.

18) S. hierzu: K. Kühne, Superboom und Ungleichgewichte, in: Die öffentliche Wirtschaft, Berlin, Heft 1, Jan./Febr. 1970, S. 26 ff. (mit Nachweis der Stellen im Jahresgutachten für 1969).

19) Das ist in etwa eine Paraphrase der Thesen Milton Friedmans, wie sie z. B. zum Ausdruck kommen in seinem Aufsatz „Geldangebot, Preis- und Produktionsänderungen“, Ordo, Jahrbuch, 11. Bd., 1959, S. 193 ff.

Die eingangs zitierten Worte Müller-Armacks dürften auch heute noch als das Credo einer vorwiegend liberalen Konjunkturpolitik gelten können. Dann müssen wir aber nicht nur mit der Bombe, sondern auch mit dem Zyklus weiterleben. Wir brauchen also kein weiteres Wort mehr darüber zu verlieren, daß kein ernstzunehmender Konjunktur-Experte das Wort von der „gewollten Rezession“ als Entschuldigung für die Marktwirtschaft anerkennt — als ob diese je konjunkturfrei sein könnte, auch wenn kein böser Politiker mehr eine „Rezession wollen“ würde.

Vielmehr ist die Problemstellung umgekehrt: 1929 ist — wie ein nüchterner Beobachter einmal feststellte — die große Krise den optimistischen Wirtschaftswissenschaftlern in den USA (aber auch bei uns einem Manne vom Rufe *Sombart*) wie ein Ziegelstein auf den Kopf gefallen, obwohl das breite Publikum ziemlich mißtrauisch gegenüber der Parole von der „ewigen Prosperität“ geblieben war. Heute glaubt das große Publikum — und manche ökonomisch nicht vorgebildeten Staatsmänner gehören dazu — mit geradezu heiterer Gelassenheit daran, Sankt Keynes und sein Instrumentarium würden es schon machen: Der Kapitalismus funktioniert, nachdem man ihn keynesianisch geimpft hat. Die bedeutendsten Sachkenner der Konjunkturtheorie dagegen zögern heute, ein so positives Verdikt abzugeben. Das gilt nicht nur für den im deutschen Sprachraum besonders gerühmten Müller-Armack, der in seinem zitierten Gutachten vom Frühjahr 1967 ja schon den Teufel von 1932 an die Wand malte; das gilt weiter für Galbraith, der in diesen Tagen daran erinnerte, daß Fehlentwicklungen wie 1929 durchaus möglich seien und der seinem Kollegen Friedman — „dem Nixon blind folgte“ — ins Stammbuch schrieb, seine Geldumlaufstabilisierungsidee könne niemals funktionieren. Das gilt weiter für *Matthews*, *O'Leary* und *Lewis* sowie zahlreiche andere, die ihre Gedankengänge unter Anknüpfung an das fundamentale Werk von *Hicks*²⁰⁾ entwickelten.

Für die Skepsis der führenden Nationalökonomien unserer Zeit gegenüber dem Problem der Konjunkturmeisterung sind zwei Worte des jetzigen Leiters des US-Zentralbanksystem, Arthur Burns — der gleichzeitig Doyen der US-Konjunkturtheorie ist — bezeichnend:

„Die Ansicht ist weitverbreitet, daß Keynes erklärt hat, wodurch das Beschäftigungsvolumen zu jeder Zeit bestimmt ist, und daß unsere Kenntnis der Ursachen von Beschäftigungsschwankungen ausreicht, um den Regierungen die Möglichkeit zu geben, ein stabiles und hohes Niveau des Volkseinkommens und der Beschäftigung innerhalb des Rahmens unserer traditionellen „Wirtschaftsorganisation aufrechtzuerhalten.. . Unglücklicherweise spiegelt sich in dieser Auffassung eine bequeme, aber gefährliche Illusion.. .²¹⁾ ... Unsere begrenzten Erfahrungen mit antizyklischer Politik geben nicht sehr viel Anhaltspunkte für den Glauben, daß die Regierung ohne weiteres ihre Ausgaben-, Steuer- und Regulierungspolitik mit der feinen Präzision und Promptheit anpassen kann, wie man sie braucht.. .²²⁾“

Der Verfasser hatte 1966 die zweifelhafte Genugtuung, ziemlich genau die Rezession in dieser Zeitschrift vorausgesagt zu haben²³⁾. Er hofft, diesmal unrecht zu haben mit der Vermutung, daß uns die Weltrezession unisono zur Jahreswende trifft.

20) J. R. Hicks, *A Contribution to die Theory of the Trade Cycle*, London 1951.

21) A. F. Burns, *Economic Research and the Keynesian Thinking of our Times*, in der Sammlung seiner *Essays: The Frontiers of Economic Knowledge*, New York 1965, S. 4/5.

22) Burns, in dem Essay »Business Cycle Research and the Needs of Our Times“, im gleichen Sammelband, S. 176.

23) Karl Kühne, *Entstabilisierung durch Gesetz? „Gewerkschaftliche Monatshefte“*, 17. Jg., Köln, Oktober 1966, S. 587 ff.